

Supermehrheit für Ponta

Nach den Parlamentswahlen: Rumäniens innenpolitische Entwicklung bleibt ungewiss

Kai-Olaf Lang

Die rumänischen Parlamentswahlen vom 9. Dezember 2012 brachten einen klaren Sieg für Ministerpräsident Victor Ponta und die regierende Sozialliberale Union (USL). Das Bündnis der linken Mitte, das seit letztem Frühjahr an der Macht ist, erreichte faktisch eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Im Sommer war es zur innenpolitischen Krise gekommen, als Ponta und seine Regierung versuchten, Staatspräsident Traian Băsescu zu stürzen. Dieses Vorgehen war rechtsstaatlich problematisch und löste auch bei der EU heftige Kritik aus. Die zweite Regierung Ponta dürfte zunächst nicht an einer neuerlichen Konfrontation mit dem Präsidenten interessiert sein – auch deshalb, weil man die Beziehungen zu Brüssel und anderen Partnern normalisieren will. Allerdings könnte der Konflikt bald erneut aufbrechen, wenn Führungsposten in wichtigen Institutionen zu besetzen sind. Bei der Korruptionsbekämpfung drohen Stillstand oder gar Rückschritte, weil Rumäniens Regierungslager massive Bereicherungs- und Besitzinteressen repräsentiert. In der Wirtschaftspolitik dürfte Bukarest weiter auf Konsolidierung mit leichten sozialen Akzenten setzen. Dieser Kurs, der eine enge Abstimmung mit dem IWF einschließt, basiert allerdings auf optimistischen Wachstumsannahmen.

Die USL ist ein Bündnis, das sich im Wesentlichen aus der sozialdemokratischen PSD, der nationalliberalen PNL und der kleinen Konservativen Partei (PC) des umstrittenen Großunternehmers Dan Voiculescu zusammensetzt. Bei den Wahlen zu den beiden Kammern der rumänischen Legislative, Abgeordnetenhaus und Senat, kam die USL auf Stimmenanteile von 60,1 bzw. 58,6 Prozent. Damit verfügt sie im Senat und bei gemeinsamen Sitzungen beider Kammern über eine Zwei-Drittel-Mehrheit; im Abgeordnetenhaus fehlen hierfür nur zwei Mandate. Die konservative Allianz für ein ge-

rechtes Rumänien (ARD), die bis ins Frühjahr 2012 regiert hatte, musste dagegen eine herbe Schlappe hinnehmen – nur etwas mehr als 16 Prozent der Stimmen gingen an das Wahlbündnis der gemäßigten Rechten. Die populistische Gruppierung PP-DD des Medienmoguls Dan Diaconescu wurde auf Anhieb von jedem siebten Wähler unterstützt. Die Demokratische Allianz der Ungarn in Rumänien (UDMR/RMDSZ) – die größte Partei, die die Anliegen der ungarischen Minderheit vertritt – schaffte knapp den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde. Staatspräsident

Ergebnis der rumänischen Parlamentswahlen vom 9. Dezember 2012

Partei	Stimmenanteil		Sitze		Sitzanteil (%)	
	Kammer	Senat (%)	Kammer	Senat		
USL Sozialliberale Union	58,6	60,1	273	122*	66,3	69,3
ARD Allianz für ein gerechtes Rumänien	16,5	16,7	56	24**	13,6	13,6
PP-DD Volkspartei Dan Diaconescu	14,0	14,7	47	21	11,4	11,9
UDMR Allianz der Ungarn in Rumänien	5,1	5,2	18	9	4,4	5,1
Sonstige (einschl. Minderheiten)	5,7	3,3	18	-	4,4	-
Summe	100	100	412	176	100	100

* Die USL-Mitglieder PSD, PNL und PC haben eigene Fraktionen mit 160/64, 100/50 bzw. 13/8 Mitgliedern.

** Die ARD-Parlamentarier sind allesamt in der Fraktion ihrer Gründungspartei PDL.

Quelle: <www.becparlamentare2012.ro>, <www.cdep.ro>

Băsescu beauftragte Ponta mit der Regierungsbildung, und am 21. Dezember wurde das zweite Kabinett Ponta mit einer Mehrheit von 402 zu 120 Stimmen vom rumänischen Parlament bestätigt. Ponta erhielt die Stimmen der USL und der Vertreter nationaler Minderheiten, gegen ihn stimmten Konservative, PP-DD und die Ungarnpartei.

Die Wahlen standen im Zeichen einer starken innenpolitischen Polarisierung. Das Klima hatte sich spürbar aufgeheizt, als Ponta im April 2012 die Regierungsgeschäfte übernahm. Zuvor hatten die konservativ-liberalen Kabinette der Ministerpräsidenten Boc bzw. Ungureanu eine harte Sparpolitik verfolgt und deshalb an gesellschaftlichem Rückhalt verloren. Abtrünnige Abgeordnete ihrer Koalition begannen, die linke Mitte zu unterstützen. Nach dem Machtwechsel kam es zu einem scharfen Konflikt zwischen dem Regierungslager und dem der Rechten nahestehenden Präsidenten Băsescu. Ponta und die Seinen warfen ihm unter anderem Kompetenzüberschreitung und Amtsmissbrauch vor. Der Streit gipfelte in der vorläufigen Amtsenthebung des Staatsoberhauptes und einem Referendum zu seiner endgültigen Absetzung. Die am 29. Juli 2012 durchgeführte Abstimmung hatte ein klares Ergebnis – 87,5 Prozent der Wähler votierten gegen Băsescu. Dieser konnte dennoch nicht abgesetzt werden, weil die Beteiligung am Referendum nicht das notwendige Quorum von 50 Prozent der Wahlberechtigten erreichte.

Neben den Schritten gegen den Präsidenten führten auch weitere Maßnahmen, die von der Regierung Ponta ergriffen oder geplant wurden, im In- und Ausland zu großer Besorgnis über eine wachsende Machtkonzentration bei Rumäniens Führung. Widerstand im eigenen Land (etwa durch Entscheide des Verfassungsgerichts) sowie der Druck aus Brüssel und anderen EU-Ländern ließen Ponta zurückweichen, doch blieb er dem Verdacht ausgesetzt, rechtsstaatliche Regeln nicht genug zu achten.

Im Wahlkampf war die konservative Opposition allerdings nicht in der Lage, die Kontroversen um die Regierung Ponta für sich zu nutzen. Dies hing auch damit zusammen, dass für die Öffentlichkeit wirtschafts- und sozialpolitische Themen sowie die Personalie Băsescu im Vordergrund standen, nicht aber der Zustand der rumänischen Demokratie. Die USL galt als soziale Korrektur der früheren Sparmaßnahmen; zugleich profilierte sie sich als Sachwalterin jener 7,4 Millionen Rumänen, die für Băsescus Absetzung gestimmt hatten. Die ARD konnte dem nur wenig entgegensetzen. Der Großteil der Wähler sah in ihren Führungspersonen keine Verfechter wirtschaftlicher und finanzieller Stabilität, sondern Protagonisten sozialer Kälte und rücksichtsloser Kürzungspolitik. Auch wurde die ARD weniger als Hüterin von Gesetzestreue und Rechtsstaatlichkeit wahrgenommen, sondern primär als ein dem unbeliebten Präsidenten Băsescu nahestehende

hendes Konglomerat. Überdies dürfte die USL mit nationalistischen Sentiments gepunktet haben. Vor allem aus dem national-liberalen Flügel der Allianz kamen kritische Äußerungen in Richtung EU, Deutschland, USA oder ungarische Minderheit.

Wahldebakel der Rechten

Wie erdrückend die Übermacht der USL ist, zeigt der hohe Zuspruch, den sie bei den Wahlen in fast allen Bevölkerungsgruppen und Regionen gewann. Nur unter der weitgehend nach ethnischen Kriterien abstimmenden ungarischen Minderheit bzw. in den mehrheitlich ungarischen Gebieten sowie – mit Abstrichen – unter den Roma erhielt die USL keine absolute Mehrheit. Besonders hoch war die Zustimmung unter älteren Wählern, im Osten und Südosten des Landes (mit Ausnahme der Dobrudscha), in Bukarest sowie in Kleinstädten. Sehr beliebt ist die USL auch beim Stammpublikum der Fernsehsender Antena 1 und Antena 3, die dem Multimillionär Voiculescu gehören. Dessen Konservative Partei ist Teil der USL. Bei alledem darf aber nicht vergessen werden, dass deren Mehrheit bei einer Wahlbeteiligung von lediglich 41,7 Prozent zustande kam und die Allianz gegenüber den 7,4 Millionen Basescu-Gegnern vom Sommer nur 4,3 Millionen Wähler hinter sich versammeln konnte.

Dies ändert nichts daran, dass die rechte Mitte fast überall marginalisiert wurde. Gemessen an der Zielmarke von 20 bis 25 Prozent, die ARD-Politiker vor der Wahl ausgegeben hatten, erlebte das konservative Sammelbündnis ein Debakel. Gegenüber dem Ergebnis der Liberaldemokratischen Partei (PDL) von 2008, die damals noch allein angetreten war, halbierte sich der Stimmenanteil der ARD. Eine gewisse Beliebtheit genießt die rechte Mitte nur noch bei Wählern aus größeren Städten, bei jüngeren Menschen und Höhergebildeten. In diesen Gruppen konnte sie etwa ein Viertel der Stimmen abschöpfen. Angesichts der schwachen Umfrage-Ergebnisse

meinte PDL-Chef Vasile Blaga noch vor dem Wahltag, eigenständig würde man besser abschneiden als im Bündnis mit diversen Kleinparteien. Tatsächlich ging das Kalkül nicht auf, eine offensive Bewegung gegen die drohende Übermacht der USL zu bilden. Durch die Dachorganisation ARD entstanden keine Synergien zwischen der etablierten PDL, unverbrauchten zivilgesellschaftlichen Initiativen und dem aufstrebenden Ex-Premier Ungureanu. Stattdessen haftete dem Bündnis das Image fiskalkonservativer Haushaltspolitik und »volksferner« Regierungsführung an. Ebenso misslang der Versuch, die ARD als »saubere« Kraft zu profilieren. Das Bündnis löste sich direkt nach den Wahlen wieder auf, auch wenn die auf seinen Listen gewählten Abgeordneten im Parlament kooperieren werden.

Die eigentliche Überraschung der Wahl war der Erfolg der PP-DD (Volkspartei Dan Diaconescu). Sie hatte ganz auf populistische Ankündigungen gesetzt – versprochen wurden etwa 20 000 Euro für jeden, der selbständig werden möchte, Lohn- und Rentenerhöhungen für alle sowie eine Beschlagnahme illegal erworbenen Vermögens aus Staatsaufträgen. Anklang fand die Gruppierung damit vornehmlich bei Wählern aus mittelgroßen Städten und ländlichen Gegenden, bei formal weniger Gebildeten und bei Jüngeren. Besonders hoch war der Stimmenanteil unter Roma, wo etwa jeder Dritte für die PP-DD votierte. Parteigründer Diaconescu kam vor allem zugute, dass er die markigen Wahlversprechen über seinen Fernsehsender OTV verbreiten konnte. Die PP-DD bediente mit ihren Offerten geschickt das Bedürfnis nach einfachen Lösungen und verdrängte damit die Großrumänienpartei (PRM) und vergleichbare radikale Kräfte. Die Zukunft der Gruppierung ist jedoch ungewiss.

Diaconescu, ein eher dubioser Unternehmer, ließ für die PP-DD zahlreiche Politiker kandidieren, die von anderen Parteien kamen und dort etwa wegen anhängiger Verfahren oder Korruptionsverdacht in Ungnade gefallen waren (der Preis für eine Kandidatur soll nach Medienberichten 50 000

Euro betragen haben). Zahlreiche Abgeordnete der PP-DD sind also dafür prädestiniert, die Fraktion später wieder zu verlassen.

Der Ungarnpartei UDMR gelang es knapp, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen, nachdem erstmals eine weitere ungarische Partei, die Siebenbürger Ungarische Volkspartei (EMNP), bei Parlamentswahlen angetreten war. Mit ihrem Ruf nach Autonomie und einer stärkeren Durchsetzung ungarischer Interessen konnte sich die EMNP gegenüber der moderaten UDMR allerdings nicht durchsetzen. Sie erhielt nur 0,8 Prozent der Stimmen und damit fast sieben Mal weniger als ihre Konkurrentin. Zwar lagen die Sympathien der ungarischen Regierungspartei FIDESZ prinzipiell bei der EMNP, doch hielt sich Budapest im Wahlkampf zurück.

Pontas prekäre Machtposition

Trotz ihrer stattlichen Mehrheit steht die zweite Regierung Ponta vor unruhigen Zeiten. Bei näherem Hinsehen ist der Premier in einer durchaus schwachen Position. Für viele in EU und USA ist er kein verlässlicher Demokrat. Zudem leidet Ponta intern wie extern unter einer Plagiatsaffäre um seine Doktorarbeit. Und in seiner Sozialdemokratischen Partei (PSD) kann er sich nur schwer gegen die mächtigen »Regionalfürsten« durchsetzen. Überdies muss Ponta damit rechnen, Gegenwind von der zweiten tonangebenden Kraft in der USL zu bekommen – der Nationalliberalen Partei (PNL), deren Chef der politisch ambitionierte Senatspräsident Crin Antonescu ist. Dieser baut seine Macht in der PNL kontinuierlich aus, indem er innerparteiliche Rivalen nach und nach ausschaltet. Im schlimmsten Fall müsste sich Ponta auf eine Art »Kohabitation« mit Antonescu innerhalb des Regierungsbündnisses einstellen. Anfang Januar musste der Premier bekanntgeben, dass die lineare Einkommensteuer – anders als von ihm und seiner Partei geplant – 2013 nicht abgeschafft werden könne, weil die PNL dagegen sei. Noch deutlicher offenbarte sich

Pontas Situation am Scheitern seiner Koalitionspläne. Am Wahlabend äußerte er die Absicht, ein Bündnis mit der UDMR einzugehen, und wie später bekannt wurde, hatten die USL und die Ungarnpartei schon im Herbst eine Vereinbarung über eine Regierungszusammenarbeit geschlossen. Doch letztlich konnte sich Ponta mit diesem Ansinnen in der USL nicht durchsetzen. Zu stark war der Widerstand, den PNL, Voiculescu Partei PC und dessen Medien sowie wichtige PSD-Barone leisteten.

Gleichwohl bleibt eine Kooperation mit der UDMR für Ponta attraktiv. Sollte es zum Bruch mit der PNL kommen, besteht eventuell die Aussicht auf eine eigene Mehrheit aus PSD, der linken Kleinpartei UNPR – die mit der PSD fusionieren soll –, der UDMR, anderen Minderheitenvertretern (im Abgeordnetenhaus haben diese 18 Sitze) und Überläufern aus der PP-DD. Der Zusammenhalt der USL könnte etwa gefährdet sein, wenn sich die Frage nach dem Kandidaten für die Präsidentschaftswahl 2014 stellt. Zwar haben sich PSD und PNL schon darauf geeinigt, Crin Antonescu zu nominieren. Es ist aber nicht auszuschließen, dass die PSD doch noch einen eigenen oder ihr nahestehenden Bewerber unterstützen und die Vereinbarung damit revidieren wird. Ein solcher Schritt würde die USL sicherlich in eine schwere Krise stürzen. Doch auch wenn das Bündnis nicht auseinanderbricht, erhöht das Szenario einer Koalition mit der UDMR zumindest Pontas Drohpotential gegenüber den Nationalliberalen. Überdies ist die UDMR Mitglied der Europäischen Volkspartei (EVP). Eine Kooperation oder Abstimmung mit dem Ungarnverband könnte die auf europäischer Ebene vorhandene Skepsis gegenüber dem Premier etwas abbauen. Es ergibt also durchaus Sinn, wenn Ponta der UDMR anbietet, ihre Meinung zu wichtigen Fragen der ungarischen Minderheit vorab einzuholen.

Ein zweiter »Stabilitätsanker« könnte für Ponta ein sachlicheres Verhältnis zu Präsident Basescu sein. In einem gemeinsamen Dokument haben sich beide Seiten unmittelbar nach der Wahl zu Kooperation und

Achtung der Verfassung verpflichtet. Dieses Stillhalteabkommen war nicht nur die Voraussetzung dafür, dass Ponta vom Präsidenten ohne Zögern mit der Regierungsbildung beauftragt wurde. Vielmehr festigt das Arrangement auch Pontas Stellung in Regierung und USL. Denn ein erneuter Konflikt mit Basescu würde vor allem den Premier und weniger den in dieser Frage immer schärferen Antonescu in Bedrängnis bringen. Der PNL-Chef scheint derzeit aber auch gar kein Interesse daran zu haben, die schweren Dissonanzen mit dem Staatsoberhaupt wiederaufleben zu lassen – und damit Zwistigkeiten in der Regierung und ein negatives Echo aus dem Ausland zu riskieren. Darauf deutet etwa Antonescus gleich nach den Wahlen abgegebene Äußerung hin, es bestehe kein Anlass für ein erneutes Amtsenthebungsverfahren, wenn Ponta vom Präsidenten mit der Regierungsbildung beauftragt werde.

Programm und Ziele von Ponta II

Inhaltlich stehen für Pontas neue Regierung drei große Ziele im Vordergrund. Erstens will sie den Erwartungen ihrer Wähler nach Abmilderung der Sparmaßnahmen entsprechen und zugleich Rumäniens Staatsfinanzen ins Lot bringen. Angestrebt wird deshalb eine soziale und wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik (die Wachstumsrate des Landes lag 2012 nur bei etwa 0,3 Prozent). Dafür will man etwa den Mindestlohn bis 2016 von gegenwärtig 700 auf 1200 Lei (etwa 280 Euro) erhöhen und die Renten um 4 Prozent anheben. Allerdings sollen derlei Schritte die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nicht gefährden, nachdem die Politik der Regierung Boc fiskalische Entspannung gebracht hatte. Wichtige Strukturreformen, etwa der Umbau des Gesundheitswesens oder die Privatisierung von Staatsunternehmen, sollen weitergehen, auch wenn die USL die Reduktion des Staatssektors 2012 abgebrems hat. Nach den Wahlen verlängerte das abtretende Kabinett Ponta eine Reihe von Sparmaßnahmen, die teils noch von

der Boc-Regierung stammten, bis 2014. Dies waren erste Signale des Premiers, dass er in Sachen Haushalt künftig keine ausschließlich expansionistische Politik verfolgen will. Auch wird der Haushaltsentwurf für 2013 zu Jahresbeginn eng mit einer IWF-Delegation abgestimmt. Damit soll ein für Februar anvisiertes Abkommen mit dem Währungsfonds über eine neue Kreditlinie ermöglicht werden. Einen entsprechenden Tenor hat auch das Regierungsprogramm 2013–2016. Es zielt darauf, die Balance zwischen Haushaltskonsolidierung und Konjunkturbelebung zu halten, die Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivität zu verbessern und Rumänien für Investoren attraktiver zu machen.

Das zweite große Anliegen der Regierung sind Reformen bei Verfassung, Staatsaufbau und Wahlsystem. Wie weit die geplanten Verfassungsänderungen gehen sollen, ist noch offen. Zwar besteht in der USL (und auch in großen Teilen der Opposition) wohl grundsätzlich Einvernehmen darüber, dass namentlich die Befugnisse des Staatspräsidenten präzise von jenen der Regierung abgegrenzt werden sollten. Doch Differenzen drohen, wenn diese Vorgabe zu konkretisieren ist. Ein weiteres Ziel der Regierung könnte sein, dass Rumäniens Parlament erneut das Recht erhält, Urteile des Verfassungsgerichts zu revidieren – eine Möglichkeit, die in der bis 2003 gültigen Verfassung vorgesehen war. Auf diese Weise gewänne die Regierung mit ihrer qualifizierten Mehrheit ein bequemes und rechtlich unproblematisches Instrument, um das Verfassungsgericht zu neutralisieren.

Prinzipiell könnten Änderungen der Verfassung dazu beitragen, Unklarheiten zu beseitigen, die Konfliktsituationen wie im Sommer 2012 begünstigen. Die mit Verfassungsfragen betraute Venedig-Kommission des Europarats hat auch auf konstitutionellen Reformbedarf hingewiesen, als sie die innenpolitische Krise einer – für die rumänische Regierung wenig schmeichelhaften – Bewertung unterzog. Von der Regierung Ponta wurde dies wiederum als Argument für Verfassungsänderungen herangezogen.

Nötig für solche Eingriffe ist indes zweierlei. Es bedarf zunächst einer Zwei-Drittel-Mehrheit in beiden Parlamentskammern. Die wenigen Stimmen, die ihr dazu im Abgeordnetenhaus fehlen, kann sich die USL problemlos bei anderen Parteien sichern. Schwieriger dürfte es sein, bei der ebenfalls obligatorischen Volksabstimmung das 50-Prozent-Quorum zu erreichen. Damit hat die Opposition ein weiches Druckmittel in der Hand, um sich trotz der »Supermehrheit« der Regierung in den Prozess einer Verfassungsänderung einzuschalten.

Eine Verfassungsreform wird auch notwendig sein, um die beabsichtigte »Regionalisierung« Rumäniens voranzubringen. Die Regierung möchte die acht »Entwicklungsregionen« des Landes aufwerten: Aus technischen Planungseinheiten sollen effiziente und wirtschaftsstarke Gebilde mit administrativen Kompetenzen und Selbstverwaltungsgremien werden. Diese neugestaltete Ebene im Staatsaufbau – angesiedelt oberhalb der weiterbestehenden Kreise – soll 2014 funktionsbereit sein.

Für die anvisierte Reform des Wahlsystems gibt es zumal nach dem Urnengang vom 9. Dezember gute Argumente. Das geltende Wahlrecht, ein proportionales System mit Einerwahlkreisen, hat zur Aufblähung des Parlaments geführt – es wuchs zuletzt um 117 auf 588 Sitze. Die erste Ponta-Regierung hatte versucht, ein Majoritätssystem einzuführen, das ausschließlich auf relativer Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen basieren sollte. Dies wurde jedoch vom Verfassungsgericht verworfen. Nun deutete der Premier an, für das Abgeordnetenhaus zur bloßen Listenwahl wechseln zu wollen.

In Sachen EU besteht das übergeordnete Ziel der zweiten Ponta-Regierung darin, die Beziehungen nach Brüssel zu normalisieren, auch wenn dies nicht offen ausgesprochen wird. Ponta und seine Weggefährten hatten 2012 offensichtlich unterschätzt, welchen außenpolitischen Schaden die innere Krise verursachen würde. »Ponta II« möchte vermeiden, dass es zu einer Neuaufgabe des offenen Schlagabtauschs mit der EU und einigen europäischen Regie-

rungen kommt, der Rumänien in Europa politisch zu marginalisieren drohte. Tatsächlich könnte Ponta die wackelige Position seiner Regierung in der EU festigen, sofern der »Waffenstillstand« mit dem Staatspräsidenten hält und kein neuer institutioneller Konflikt ausbricht.

Was einzelne Handlungsfelder angeht, möchte die Regierung den bislang unzureichenden Mittelabruf aus den EU-Regionalfonds verbessern und die Absorptionsrate bis Mitte des Jahrzehnts auf 50 bis 80 Prozent steigern. Für einen baldigen Beitritt zum Schengen-Raum in einem zweistufigen Verfahren (erst Wegfall der Grenzkontrollen an Flug- und Seehäfen, dann an den Landesgrenzen) soll der Außengrenzschutz weiter gestärkt, aber auch der politische Dialog mit anderen EU-Staaten intensiviert werden. Im Regierungsprogramm wird betont, der Schengen-Beitritt solle an die Erfüllung des entsprechenden Acquis geknüpft werden, nicht aber an »politische Konditionalität«. Offenkundig befürchtet man in Bukarest weiterhin, dass zögerliche EU-Staaten ihre Haltung zu Rumäniens Schengen-Beitritt mit der innenpolitischen Lage des Landes verbinden. Über den EU-Monitoringmechanismus für das Justizsystem (CVM) heißt es im Programm, er solle zu einem »echten Instrument der Zusammenarbeit« mit der Europäischen Kommission werden, um eine »effiziente, korrekte und zuverlässige« Justiz aufzubauen. Ob solche Bekenntnisse mehr sind als nur Leerformeln, bleibt abzuwarten. Vermutlich wird die rumänische Regierung den CVM nur dann ernst nehmen, wenn man ihn faktisch mit der Schengen-Frage verknüpft. Ansonsten dürfte das Monitoring, wie schon von den Vorgängerregierungen, in Bukarest weiter vornehmlich als lästige Pflichtübung betrachtet werden.

Die EU, Deutschland und Rumänien

Für Rumäniens Partner in Europa sind viele der offiziellen Ziele im Regierungsprogramm von Ponta II unterstützungs-

würdig. Denn der EU und Deutschland – einem der wichtigsten Partnerstaaten Rumäniens – muss in Zeiten politischer und finanzieller Ungewissheiten daran gelegen sein, Instabilität im größten Land Südosteuropas zu reduzieren. Deutschland hat dabei im Kontext der EU folgende Kerninteressen gegenüber Rumänien:

- ▶ rasche Redynamisierung von Rumäniens Volkswirtschaft und Gesundung seiner Staatsfinanzen
 - ▶ innenpolitische Stabilität des Landes; Vermeidung harter Machtkämpfe in Grauzonen von Rechtsstaat und Demokratie
 - ▶ Etablierung einer funktionierenden und unabhängigen Justiz
 - ▶ Stärkung einer nachhaltigen Anti-Korruptions-Agenda inklusive institutioneller Voraussetzungen, auch mit Blick auf die effiziente Verwendung von EU-Mitteln
 - ▶ Nutzung von Rumäniens außenpolitischem und geoökonomischem Potential in der Schwarzmeerregion und der östlichen Nachbarschaft der EU, vor allem gegenüber der Republik Moldau
 - ▶ konstruktives Verhältnis Bukarests zu den Nachbarstaaten, insbesondere Pflege des sensiblen Verhältnisses zu Ungarn
 - ▶ Reduzierung sozial-ökonomischer Ungleichheiten; kooperatives Verhältnis der Mehrheitsbevölkerung zu ethnischen Minderheiten einschließlich besserer Integration der Roma-Minderheit
 - ▶ enge sicherheitspolitische Kooperation der Bundesrepublik mit Rumänien, das – im Nato-Rahmen sowie bilateral – intensive Verbindungen zu den USA in strategischer, verteidigungspolitischer und militärischer Hinsicht unterhält (so ist US-Militär im Land stationiert, und Rumänien gilt als möglicher Standort von Elementen des geplanten Raketenabwehrschields)
 - ▶ forcierte Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Verkehr und Infrastruktur, wo Rumänien als Scharnier und Transitraum wichtige Funktionen für die EU und Südosteuropa wahrnehmen kann
- Vor diesem Hintergrund gibt es eine Reihe von Merkposten und offenen Fragen, die

die EU und Rumäniens Partner bei der Ausgestaltung ihres Verhältnisses zur Regierung Ponta im Auge behalten sollten:

▶ Ungeachtet der offiziellen Ziele stellt sich die Frage nach dem »unsichtbaren Regierungsprogramm« von Ponta II. So könnte die Regierung geneigt sein, Bereicherungs- und Besitzinteressen in ihrem Umfeld zu schützen. Zu diesem Zweck würde sie wohl versuchen, Justiz, Verfassungsgerichtsbarkeit oder Einrichtungen zur Korruptionsbekämpfung unter ihre Kontrolle zu bringen. Begünstigt werden könnte eine solche Entwicklung durch diverse Faktoren. Mehrere Personen, die sich in der Vergangenheit durch zweifelhafte Geschäftspraktiken auszeichneten, sitzen heute im Kabinett. Zudem steht die Regierung wichtigen Oligarchen nahe, und in der neuen Koalition üben »Parteifürsten« und deren Netzwerke einen großen Einfluss aus. Missheiligkeiten mit dem Präsidenten könnten aufbrechen, wenn Führungsposten bei der Generalstaatsanwaltschaft oder bei Institutionen wie der Anti-Korruptions-Behörde DNA zu besetzen sind. Ein Vorzeichen dafür könnten die Verwicklungen sein, zu denen es Anfang Januar 2013 im Zusammenhang mit den Wahlen zum Führungsgremium des Obersten Magistraturrates (CSM) kam. Diese Institution soll über die Unabhängigkeit der Justiz wachen; sie hatte sich gegen Personalvorschläge der Justizministerin für die Leitung von Staatsanwaltschaft und DNA ausgesprochen. Offen ist auch, was die im Regierungsprogramm enthaltene Forderung nach einer »Entpolitisierung« des Verfassungsgerichts bedeuten soll.

▶ Die Wachstumsannahmen der Regierung von jährlich durchschnittlich 3 Prozent ab 2013 sind recht optimistisch. Sollte sich das außenwirtschaftliche und finanzielle Umfeld eintrüben, könnte dies Rumänien auch deswegen stark treffen, weil sein Finanzsektor anfällig für äußere Verwerfungen ist – 88 Prozent der rumänischen Bankenaktiva werden von ausländischen Anlegern gehalten. Bei niedrigeren Wachstumsraten würden sich unter anderem die Konsolidierungserfordernisse verschärfen,

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2013
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors der Autorinnen wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

was nicht zuletzt das »soziale« Elektorat der USL/PSD treffen könnte. Von Bedeutung wird auch sein, ob es der Regierung gelingt, die Einnahmen des Staatshaushalts zu verbessern. Bislang entgehen der öffentlichen Hand in der Schattenwirtschaft und dem großen Agrarsektor des Landes beachtliche Summen. Eine verbesserte Absorption von EU-Geldern wiederum könnte durch harte Restriktionen im nationalen Haushalt erschwert werden, da Kofinanzierungen aus Eigenmitteln zu erbringen sind. Falls das Wachstum erlahmt, hätte dies eventuell auch Folgen für die Migrationsentwicklung. Da Spanien und Italien – die primären Ziele rumänischer Staatsbürger – derzeit besonders krisengeschüttelt sind, könnten sich Wanderungsbewegungen verschieben. Zugleich endet Anfang 2014 definitiv die im Beitrittsvertrag mit der EU ausgehandelte Übergangsfrist für die Freizügigkeit von Arbeitnehmern aus Rumänien und Bulgarien. Die Regelung hatte es einzelnen Mitgliedstaaten ermöglicht, ihren Arbeitsmarkt noch nicht zu öffnen (wobei in Deutschland bereits seit 2012 Erleichterungen gelten).

► Die von Bukarest geplante Regionalisierung ist nicht zuletzt deshalb sinnvoll, weil sie eine wirksamere Verwendung von EU-Geldern ermöglicht. Neue Chancen kann die Reform jedoch auch für Patronage- und Klientelstrukturen eröffnen. Ohne Modifikation der angestrebten Verwaltungsgrenzen drohen überdies Spannungen mit der ungarischen Minderheit.

► Nachdem sich die Beziehungen zwischen ungarischer Minderheit und rumänischer Mehrheit einige Jahre lang pragmatisch entwickelt hatten, stellten sich in jüngerer Zeit – teils schon vor den USL-Regierungen – wieder Misstöne ein. Zwar folgte Premier Ponta zuletzt einem kooperativen Kurs, etwa bei Personalentscheidungen. So wurde der UDMR-Politiker Frunda persönlicher Berater Pontas für Minderheitenrechte, und ein weiterer Vertreter der Ungarnpartei blieb Staatssekretär im Bildungsministerium. Doch noch ist offen, wie nachhaltig dieser Ansatz sein wird. Innerhalb der ungarischen Gemeinschaft drängen die

entschlosseneren Kräfte, etwa die EMNP, auf einen Autonomiestatus für das Szeklerland. Differenzen zwischen Bukarest und der ungarischen Minderheit würden rasch zu Kontroversen zwischen Rumänien und Ungarn führen.

Jenseits der Unterstützung wirtschaftlicher Reformen muss beim Umgang mit Rumänien eines Vorrang haben: die Forderung nach Regelbeachtung und Transparenz. Die Minimalvoraussetzung dafür ist eine sachliche Zusammenarbeit zwischen Regierung und Präsident. Ebenso von Belang sind aber die Einhaltung verfassungsrechtlicher Prinzipien, ein inklusiver Ansatz gegenüber nationalen Minderheiten, ein dialogischer Prozess bei Verfassungsänderungen und der Fortbestand autonomer Anti-Korruptions-Instanzen. Sollten sich in diesen Bereichen Defizite ergeben, wäre Deutschland gefordert, seine bilaterale Kooperation zu minimieren. Zusammen mit anderen Partnern sollte dann darauf hingewirkt werden, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Rumänien einem konsequenten Screening durch die Europäische Kommission unterzogen werden.

Im Fall einer positiven Entwicklung könnten der Regierung Ponta dagegen punktuelle Kooperationsangebote unterbreitet werden, etwa in Form eines außen- und sicherheitspolitischen Regionaldialogs mit Fokus auf Schwarzmeerkoooperation, Moldau und Östlicher Partnerschaft sowie strategischen Fragen. Existierende Formate der Zusammenarbeit, etwa der deutsch-rumänische Kooperationsrat zu Wirtschaftsfragen oder die deutsch-rumänische Umweltkommission, sollten ungeachtet der innenpolitischen Entwicklung des Landes weiterbestehen. Sie könnten jedoch bei einer günstigen inneren Situation politisch sichtbarer werden und neue Inhalte bekommen (etwa eine spezifische Energiepartnerschaft). Wichtige Beiträge zur äußeren Begleitung sollten auch die parteipolitischen Partner vor allem der sozialdemokratischen und liberalen Regierungsgruppierungen leisten. Die Krise von 2012 hat gezeigt, dass

ein kritischer Austausch innerhalb von
Parteifamilien durchaus hilfreich sein
kann.